

BESCHLUSS - VORLAGE

| | | | |
|---|-----------------|----------|------------|
| Dezernat/Amt: | Verantwortlich: | Tel.Nr.: | Datum |
| III/ Büro des Bürgermeisters von Kirchbach | Herr Kosse | 3010 | 02.02.2011 |

Betreff:

**Unterstützung der "SAVE ME Kampagne" des Flüchtlings-Hochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) - Aufnahme von Flüchtlingen in Freiburg
h i e r :
Interfraktioneller Antrag von Junges Freiburg / DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Unabhängige Listen, FDP und Grüne Alternative Freiburg vom 24.11.2010**

| Beratungsfolge | Sitzungstermin | Öff. | N.Ö. | Empfehlung | Beschluss |
|----------------|----------------|------|------|------------|-----------|
| 1. HA | 07.02.2011 | | X | X | |
| 2. MA | 10.02.2011 | | X | X | |
| 3. GR | 15.02.2011 | X | | | X |

| | |
|--|------|
| Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO): | nein |
| Abstimmung mit städtischen Gesellschaften: | nein |
| Finanzielle Auswirkungen: | nein |

Beschlussantrag:

Die Stadt Freiburg begrüßt gemäß Drucksache G-11/074 die "Save me" Kampagne von Pro Asyl, Amnesty International und anderen Organisationen und unterstützt die Bemühungen der Initiative, das vom Flüchtlings-Hochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) eingerichtete Programm „Resettlement“ auch in der Bundesrepublik Deutschland umzusetzen.

Wie viele andere Städte spricht sich auch die Stadt Freiburg für eine weitere regelmäßige Aufnahme von Flüchtlingen aus.

Anlagen:

Interfraktioneller Antrag zur Unterstützung der „SAVE ME Kampagne“ vom 24.11.2010

1. Ausgangslage

Das von der UN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1950 beschlossene Statut für den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen/UNHCR verbindet die Verpflichtung zum weltweiten Schutz für Flüchtlinge mit der Aufgabe, dauerhafte Lösungen für Flüchtlingsprobleme zu finden.

2009 weist der UNHCR Jahresbericht „Global Trends“ weltweit eine Zahl von 43,3 Millionen Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Katastrophen und Verfolgung aus. Dies ist die höchste Zahl seit 15 Jahren. Bei 27,1 Mio. Flüchtlingen handelt es sich um Binnenvertriebene in ihrem eigenen Land, 15,2 Mio. sind aus ihrem Herkunftsland geflohen bzw. vertrieben worden. Der höchste Anteil entfällt auf palästinensische Flüchtlinge (4,8 Mio.), gefolgt von Flüchtlingen aus Afghanistan (2,9 Mio.) und dem Irak (1,8 Mio.). Gleichzeitig sank weltweit die Zahl der Flüchtlinge, die freiwillig in ihr Herkunftsland zurückgekehrt sind (251.599 Personen), auf den tiefsten Stand seit 20 Jahren. 4/5 aller Flüchtlinge haben Aufnahme in Schwellen- und Entwicklungsländern wie Pakistan (1,7 Mio. Flüchtlinge), Iran (1,1 Mio.) oder Syrien (1,05 Mio.) gefunden, die das Überleben sichern, aber keine Perspektive eröffnen können. Rund die Hälfte der Flüchtlinge sind Frauen, 40 % sind unter 18 Jahre alt.

Vor diesem Hintergrund forciert der UNHCR seine Anstrengungen, für die weltweit wachsende Zahl von Flüchtlingen in Erstzufluchtsländern mit unsicheren und humanitär unzureichenden Aufnahmebedingungen und fehlender Rückkehrperspektive eine Lösung durch die Neuansiedlung in aufnahmebereiten Drittstaaten (Resettlement-/ Neuansiedlungsansatz) zu finden. Nach Schätzungen halten sich beispielsweise allein in Syrien und Jordanien 1,3 Mio. irakische Flüchtlinge unter unsicheren und humanitär prekären Bedingungen ohne Aussicht auf eine absehbare Rückkehrperspektive in den Irak auf.

Vor diesem Hintergrund appelliert der UNHCR auch an die EU und ihre Mitgliedstaaten, insbesondere auch an Deutschland, sich am UN Resettlement Programm zu beteiligen und vermehrt Flüchtlinge aufzunehmen.

Ziel der zivilgesellschaftlich organisierten, bundesweiten „SAVE ME“ Kampagne ist es, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen und die Öffentlichkeit für die konkrete Unterstützung von Flüchtlingen im Rahmen von Patenschaften zu gewinnen.

2. Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittländern (Resettlement)

Resettlement ist Ansatz des internationalen Flüchtlingsschutzes, der vor allem für ausgewählte, besonders schutzbedürftige Personengruppen wie alleinstehende Frauen mit Kindern, ältere oder traumatisierte Flüchtlinge, Angehörige verfolgter religiöser Minderheiten oder Personen, die besonderer medizinischer Hilfe bedürfen, eine Perspektive bieten soll, aus einer individuell aussichtslosen Lage eine sichere Aufenthalts- und Lebensperspektive zu erlangen.

Im Zuge seiner Bemühungen, neben den bisherigen Aufnahmeländern weitere Länder für eine Resettlement-Beteiligung mit eigenen, nationalen Neuansiedlungsprogrammen zu gewinnen, ist der UNHCR 2008 auch an Deutschland herantreten und hat hierzu einen konkreten Konzeptvorschlag für die Umsetzung vorgelegt.

Die Bundesregierung hat sich in der Folge bereit erklärt, sich an der Aufnahme der von den EU-Innenministern 2008 zugesagten Aufnahmequote von 10.000 besonders schutzbedürftige Flüchtlingen aus dem Irak zu beteiligen und 2.500 Flüchtlinge aufzunehmen. Die Aufnahme erfolgte in Abstimmung von BMI und den Ländern zwischen März 2009 und April 2010 analog zum Verteilungsverfahren für Asylbewerber/-innen (gemäß „Königsteiner Schlüssel“). Im Zuge dieser Initiative haben auch 14 Flüchtlinge aus dem Irak Aufnahme in Freiburg gefunden.

Die Bitte des UNHCR, aufgrund der positiven Erfahrungen mit der Aufnahme der Irak-Flüchtlinge sich zukünftig mit weitergehenden, verbindlichen Aufnahmezusagen stärker am internationalen Flüchtlingsschutz zu beteiligen, ist die Bundesregierung bisher nicht nachgekommen.

2.1 UNHCR-Perspektiven für eine deutsche Resettlement-Beteiligung

Mit einem im Januar 2008 vorgelegten Konzeptvorschlag wirbt der UNHCR für die Einrichtung eines regulären, standardisierten Resettlement-Verfahrens, mit dem sich die Bundesrepublik Deutschland verlässlich an den Aufgaben der internationalen Gemeinschaft im Bereich des Flüchtlingsschutzes beteiligen kann. Der UNHCR verweist dabei auf die guten Erfahrungen mit früheren Kontingentlösungen wie der Aufnahme von 30.000 vietnamesischen Bootsflüchtlingen und deren gelungener Integration in den siebziger und frühen achtziger Jahren oder aber auch der Beschluss der Innenministerkonferenz aus dem Jahre 2005, jüdischen Zuwanderern und ihren Familienangehörigen im Rahmen einer Kontingentlösung eine Aufnahmezusage zu erteilen. Die UNHCR-Initiative wird auch durch die EU-Kommission als wirksames Instrument der geleiteten Migrationssteuerung und des weltweiten Flüchtlingsschutzes nachhaltig unterstützt und die Mitgliedstaaten zur Beteiligung aufgefordert (Mittei-

lung der EU-Kommission zur Einrichtung eines gemeinsamen Neuansiedlungsprogramms der EU vom 09.09.2009).

Kernpunkt des Konzeptes ist die grundlegende Bereitschaft von Bund und Ländern, von der UNHCR nach klaren Kriterien (Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskommission, nachgewiesene Schutzbedürftigkeit) ausgewählte Personengruppen und Personen im Rahmen eines nationalen Resettlement-Programms über jährlich zu vereinbarende Quoten aufzunehmen. Die Letztentscheidung über Aufnahmequoten und die konkrete Auswahl der aufzunehmenden Personen verbleibt dabei immer beim Aufnahmestaat.

Ziel ist die dauerhafte Aufnahme und Integration der Flüchtlinge im Aufnahmestaat. Dies impliziert einen gesicherten rechtlichen Aufenthaltsstatus, verbunden mit einem unmittelbaren und umfassenden Zugang zu Integrationsmaßnahmen und zum Arbeitsmarkt.

Flüchtlinge, die im Rahmen der „SAVE ME Kampagne“ aufgenommen werden, erhalten in der Regel auf der Grundlage der ausländerrechtlichen Bestimmungen eine mehrjährige Aufenthaltserlaubnis, da die dauerhafte Ansiedlung dieses Personenkreises erwünscht ist. Damit einher geht die Tatsache, dass diesen Personen unmittelbar nach Einreise alle verfügbaren Integrationsleistungen zur Verfügung stehen. Konkret bedeutet dies, dass Flüchtlinge auf Antrag Integrations- und Geldleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II vom Job Center Freiburg (früher ARGE) erhalten können.

Die Höhe der Geldleistungen hängt von der Anzahl der einreisenden Personen ab. Die Stadt Freiburg hat wie üblich bei diesen Fällen auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches II die Kosten der Wohnversorgung zusätzlich zu erbringen.

2.2 Zahlenmäßiger Bedarf - Aufnahmequoten

Im Jahr 2009 hat der UNHCR weltweit für 128.000 Flüchtlinge Möglichkeiten einer Neuansiedlung in einem aufnahmebereiten Drittland gesucht. 84.000 dieser Gesuche wurden von 26 aufnahmebereiten Ländern akzeptiert. 6.800 Flüchtlinge fanden Aufnahme in einem Land der EU (Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, Niederlande, Großbritannien, Irland). Allein die USA haben 62.000 Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement aufgenommen.

In europäischen Staaten ist die Zahl der im Rahmen von Resettlement aufgenommenen Personen bisher insgesamt sehr gering. 2009 sagte die EU die Aufnahme von 10.000 Flüchtlingen aus dem Irak im Rahmen einer Kontingentlösung zu und hat in diesem Rahmen 6.000 Personen die Einreise ermöglicht, hiervon haben 2.500 Personen Zuflucht in der Bundesrepublik Deutschland gefunden.

3. **SAVE ME Kampagne**

Über die SAVE ME Kampagne wurde ein bundesweites Netzwerk initiiert, das die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an Neuansiedlungsprogrammen im europäischen Kontext einfordert. Die Kampagne hat zum Ziel, auf die weltweit gewachsenen Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik und im Flüchtlingsschutz hinzuweisen und über die Möglichkeiten des Flüchtlingsschutzes im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR zu informieren.

Ziel ist es, für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und zivilgesellschaftliche Unterstützung der Flüchtlingsaufnahme zu werben und Unterstützer/innen für einen Flüchtlings-Patenschaft zu gewinnen. Weiter sollen über die Kampagne gezielt Kommunen als Unterstützerinnen gewonnen und über die kommunale Ebene ein Appell an Bund und Länder gerichtet werden, sich stärker im internationalen Flüchtlingsschutz zu engagieren.

Bundesweit beteiligen sich zwischenzeitlich 56 Städte an der Aktion „SAVE ME – eine Stadt sagt ja“. Zwischenzeitlich haben 33 Kommunen entsprechende Ratsbeschlüsse zur Unterstützung der Initiative gefasst, darunter die Städte Lörrach, Karlsruhe, Heidelberg, Reutlingen, Tübingen und Ulm.

Bundesweit haben sich bisher rd. 7.000 Privatpersonen bereit erklärt, bei einer deutschen Beteiligung am Resettlement-Programm aufgenommene Flüchtlinge aktiv als Patin bzw. als Pate bei der Integration zu unterstützen. In Freiburg haben sich bisher 142 Freiburgerinnen und Freiburger im Rahmen der SAVE ME Kampagne öffentlich dazu bekannt, Flüchtlinge persönlich zu unterstützen und bei der Integration zu begleiten.

Die bundesweite Initiative zur Umsetzung der SAVE ME Kampagne geht vom bayerischen Flüchtlingsrat, Pro Asyl und Amnesty International aus. Die örtliche Initiative wird vom Diakonischen Werk Freiburg koordiniert und fachlich-personell begleitet. Örtlich unterstützen zwischenzeitlich 12 Organisationen die Freiburger SAVE ME Initiative, darunter der Freiburger Migrantinnen- und Migrantenbeirat, das Stadttheater, Südwind Freiburg e.V. und das Deutsche Rote Kreuz. Weitere Informationen finden sich auf der Internet-Seite (WWW.SAVE-ME-FREIBURG.DE).

4. **Fazit/ Ausblick**

Mit der von vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen getragenen, bundesweiten SAVE ME Kampagne konnte in den vergangenen zwei Jahren eine breite Öffentlichkeit über Herausforderungen und Aufgaben im Bereich des internationalen Flüchtlingsschutzes informiert und hierfür sensibilisiert werden.

Ob und in welchem Umfang Flüchtlinge im Rahmen von Resettlement-Programmen aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen in Deutschland Aufnahme finden, obliegt der Entscheidung des Innenministeriums Baden-Württemberg als zuständiger oberster Landesbehörde im Benehmen mit dem Bundesministerium des Innern. Die Stadt Freiburg kann über ein Votum des Gemeinderates deutlich machen, dass es einer solchen UNHCR Initiative zur Verbesserung des internationalen Flüchtlingsschutzes positiv gegenüber steht. Im Falle einer Entscheidung der Bundesrepublik für die Umsetzung eines nationalen Resettlement Programms werden aufgenommene Flüchtlinge nach dem üblichen Zuweisungsverfahren auf die teilnehmenden Bundesländer und von dort auf die Kommunen verteilt.

Mit der Initiative kann das bestehende große zivilgesellschaftliche Engagement für die Begleitung und Unterstützung von Flüchtlingen in Freiburg weiter verstärkt werden. Vor diesem Hintergrund setzt die Initiative wichtige gesellschaftliche Impulse.

Bei der Umsetzung eines bundesweiten Resettlement-Programms stellt sich für die Stadt insbesondere die Herausforderung, neben ausreichenden Wohnheimplätzen rechtzeitig zusätzliche bezahlbare Fünf- und Mehr-Zimmer-Wohnungen zur Verfügung zu stellen, um diese Zielgruppe sowie deren Familiennachzug adäquat in privatem Wohnraum versorgen zu können.

Ansprechpartner ist Herr Steiner, Büro für Migration und Integration, Tel. 0761/201-3055.